

Durchbruch bei der Integration der Geschlechterperspektive? Bilanz der UN-Klimaverhandlungen auf Bali :

Röhr, Ulrike

2008

<https://doi.org/10.25595/1806>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Röhr, Ulrike: *Durchbruch bei der Integration der Geschlechterperspektive? Bilanz der UN-Klimaverhandlungen auf Bali* : , in: *Femina politica* : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 17 (2008) Nr. 1, 105-109. DOI: <https://doi.org/10.25595/1806>.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Durchbruch bei der Integration der Geschlechterperspektive?

Bilanz der UN-Klimaverhandlungen auf Bali

ULRIKE RÖHR

Die Ergebnisse der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (UN) in Bali im Dezember 2007 wurden nur sehr mühsam erzielt – schließlich brauchten die MinisterInnen eine Nacht und einen Tag länger als geplant. Außerdem sind die Ergebnisse aus der Perspektive des drohenden Klimawandels und der dringend erforderlichen Maßnahmen zu dessen Reduzierung eher mager, denn konkrete Ziele für die Reduktion der CO₂-Emissionen sucht man in der „Bali-Roadmap“ vergeblich. Aus der Geschlechterperspektive dagegen wurde in Bali ein bemerkenswerter Durchbruch erzielt.

Seit vielen Jahren machen Frauen darauf aufmerksam, dass die Verursachung des Klimawandels ebenso wie dessen Auswirkungen nicht geschlechtsneutral sind. Frauen sind aufgrund ihres geringeren Zugangs zu Ressourcen jeder Art meistens deutlich negativer betroffen von den Folgen des Klimawandels als Männer. Das gilt vor allem in den armen Regionen der Welt, wo Stürme und Überschwemmungen, Dürren oder Veränderungen der Vegetationsperioden den Aufwand zur Sicherung des Überlebens – in der Regel die Aufgabe der Frauen – immer größer werden lassen. Auf der Verursacherseite sind es die Geschlechterrollen und die entsprechenden Identitäten, die unterschiedlich hohe Emissionen nach sich ziehen. Hohe Emissionen werden durch Planungen verstärkt, die sich vorrangig an den Bedürfnissen der ökonomisch Stärkeren orientieren. Auch auf Seiten der Instrumente und Maßnahmen zur Reduzierung des drohenden Klimawandels dominiert die marktwirtschaftliche Maxime gegenüber einer ver- und vorsorgenden Ausrichtung des Klimaschutzes.

In Bali hat sich nun erstmals in der Geschichte der internationalen Klimapolitik ein weltweites Netzwerk von Frauen mit eigenen Positionen zu den dringendsten Verhandlungsthemen zu Wort gemeldet. Außerdem wurde von Frauennetzwerken, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, dem Netzwerk der Umweltministerinnen sowie dem indonesischen Frauenministerium eine Reihe an Veranstaltungen zum Thema Gender und Klimawandel organisiert, die auf wachsendes Interesse stießen. Eine Verpflichtung zum Gender Mainstreaming konnte zwar noch nicht in den Ergebnissen von Bali verankert werden, wurde aber zunehmend von EntscheidungsträgerInnen als „unerlässlich“ erkannt.

Bereits bei den Vorbereitungen zur Klimakonferenz zeigte sich eine erfreuliche Offenheit: Das indonesische Umweltministerium, Gastgeber der Klimakonferenz, hatte beschlossen die dezidierte Beteiligung von Frauen(-organisationen) an der Konferenz zu unterstützen, im Vorfeld der Konferenz indonesische Frauenorganisationen einzubinden sowie Gleichstellungsaspekte in die Verhandlungen einzubringen. Darüber hinaus verpflichtete sich der Präsident der diesjährigen Conference of the Parties (COP) sich bei einem Treffen mit indonesischen Nichtregierungsorganisationen dafür einzusetzen, dass Gender Mainstreaming bei den Verhandlungen in Bali umgesetzt wird und sich in deren Ergebnissen widerspiegelt. Auch wenn er damit keinen Erfolg hatte, diese Verpflichtung war eine starke Botschaft.

Was war der Auslöser dafür, dass nach vielen Jahren zäher und einiges an Geduld abfordernder Anstrengungen bei der Integration der Genderperspektive in die Klimapolitik die Offenheit für das Thema deutlich gewachsen ist?

Das Frauennetzwerk gendercc – women for climate justice

Basis dieses Erfolgs war die langjährige Präsenz und Kontinuität in der Thematisierung von Geschlechteraspekten, die zum Aufbau eines internationalen Netzwerks von Gender- und Klima-Expertinnen führte, die aber auch das Thema langsam in das Bewusstsein der an den Verhandlungen Beteiligten brachte. Im Klimaprozess sind, anders als bei den meisten anderen UN-Verhandlungen im Umweltbereich, Frauenorganisationen keine der anerkannten Beobachtergruppen. Dadurch ist es schwieriger, Positionen einzubringen und sich Gehör zu verschaffen, weil dies nur über den Umweg anderer Gruppen, beispielsweise der Umweltverbände oder Forschungsorganisationen geht. Beide sind, zumindest im Bereich der Klimapolitik, nicht immer diejenigen mit der größten Offenheit gegenüber Fragen der Geschlechtergerechtigkeit.

Vor einigen Jahren warfen einige Vertreterinnen von Frauenorganisationen bei der COP9 in Mailand die Frage auf woran es liegt, dass Genderaspekte nicht diskutiert werden im Zusammenhang der internationalen Klimapolitik und ob dies nicht geändert werden solle. Es zeigte sich, dass das Interesse groß, das Wissen darüber aber kaum vorhanden war. Vor allem mangelte es an fundierten Forschungsergebnissen, wie auch an Fallbeispielen zur Illustration der Geschlechteraspekte bzw. auch erstmal „nur“ der besonderen Betroffenheit von Frauen durch den Klimawandel.

Das war die Geburtsstunde des Netzwerks gendercc – women for climate justice, auch wenn es bis zu dessen breiterer Etablierung noch einige Jahre dauern sollte. In den Folgejahren wurde bei den Klimakonferenzen informiert und diskutiert, es wurden Workshops durchgeführt und Statements abgegeben, um die Genderperspektive in das Bewusstsein der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Konferenzen zu rücken. Der Durchbruch kam in Bali, und stützte sich auf vier Eckpfeiler:

1. Wurden von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) die Reisekosten und Koordinierung der Aktivitäten einer Delegation von insgesamt zehn Personen finanziert. Damit war erstmals auf den Klimakonferenzen eine Gruppe von

Frauen anwesend, die dezidiert Lobbyarbeit für Geschlechtergerechtigkeit betrieben, ihre Aktivitäten untereinander koordinierten und mit Gleichgesinnten kooperierten.

2. Wurden von eben dieser Gruppe die anfänglich bereits erwähnten Positionspapiere verfasst, die sich mit den Themen „Finanzierung der Anpassung an und der Verhinderung des Klimawandels“, „Emissionsminderung durch Vermeidung von Entwaldung“, sowie mit dem „Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll“ befassten. Ergänzt wurden die Papiere durch zwei weitere, die aus aktuellem Anlass von Kooperationspartnerinnen gemeinsam mit gendercc entwickelt wurden. Eines zu Agro-Kraftstoffen, das andere zu Atomenergie und dessen Einbeziehung in vorhandene Klimaschutzinstrumente, die so genannten „Clean Development Mechanisms“. Mit diesen Papieren stellten Frauen erstmals bei den UN-Klimakonferenzen ihre eigenen Positionen vor und machten Vorschläge, wie die Verhandlungsthemen geschlechtersensibel gestaltet werden könnten.

Sie kritisieren beispielsweise die zur Verhinderung der weiteren Abholzung tropischer Wälder vorgeschlagenen Kompensationssysteme und den Handel mit den dadurch gebunden bleibenden Kohlenstoffen, und fordern stattdessen Lösungen, die den grundlegenden Ursachen und der Komplexität des Problems gerecht werden. Von den Kompensationssystemen würden in erster Linie diejenigen profitieren, die das Problem überhaupt erst verursacht haben. Frauen profitieren aber selten von der Zerstörung der Wälder, deshalb würden sie auch keinen Ersatz für verloren gegangene Gewinne durch Abholzung erhalten. Mehr noch, sie verlören auch noch die Kontrolle über Land und Ressourcen der Wälder, weil diese jetzt „geschützt“ werden. Statt marktbasierter Optionen plädieren die Frauen deshalb für einen Fonds und fordern, dass die Beteiligung von Frauen an allen Instrumenten und Maßnahmen zum Schutz der Wälder gewährleistet werden muss (gendercc 2007a). Die Papiere waren eine wesentliche Grundlage der Lobbyarbeit und der Diskussionen mit Delegierten und RepräsentantInnen von Organisationen.

3. Dadurch, dass Klimaschutz das ganze Jahr über massiv in allen Medien behandelt wurde, gewannen die Genderabteilungen von UN-Programmen und internationaler Organisationen, aber ebenso Frauenorganisationen selbst an Aufmerksamkeit für die Verbindungen zwischen Geschlechtergerechtigkeit und Klimawandel. Dies alles zusammen führte dann zu dem 4. Pfeiler, einer Vielfalt sogenannter Side Events, die während der Klimaverhandlungen stattfanden und so unterschiedliche Themen wie Anpassung an Klimawandel, Entwaldung und Wiederaufforstung, Biodiversität und Sicherheit, oder Atomenergie aus der Gender- oder Frauenperspektive beleuchteten. Die Veranstaltungen fanden, auch das ist nicht selbstverständlich bei dem großen Angebot an konkurrierenden Events, durchweg große Aufmerksamkeit. Bei einem der Side Events des gendercc-Netzwerks, bei dem die Positionspapiere vorgestellt und mit MinisterInnen, VertreterInnen der Verhandlungsdelegationen und des UN-Klimasekretariats diskutiert wurden, bestätigten alle ihre Verpflichtung zum Gender Mainstreaming und sagten ihre Unterstützung zu. Sie forderten allerdings indirekt

auch dazu auf, weniger radikal zu sein, beispielsweise marktbasierte Instrumente nicht zu stark zu kritisieren, sondern eher additiv Instrumente vorzuschlagen, die der lokalen Bevölkerung und besonders den Frauen gerecht werden. Und sie forderten sehr konkrete Formulierungen, die von Seiten der GenderexpertInnen in den Ergebnissen gewünscht sind und die sie unterstützen können. Das ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, ist doch die Sprache der Verhandlungen sehr technokratisch und bietet wenig Raum für Anknüpfungspunkte aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit.

Anknüpfungspunkte für Genderaspekte: Klimagerechtigkeit

Gute Anknüpfungspunkte bietet dagegen das Thema Klimagerechtigkeit, das von Seiten der indigenen VertreterInnen und einiger weiterer systemkritischer Organisationen ebenfalls bereits seit einigen Jahren forciert wird, aber erst mit den offiziellen Diskussionen über das Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll und den damit verbundenen Diskussionen über Emissionsminderungsverpflichtungen der Entwicklungsländer in das Bewusstsein der VerhandlerInnen gerückt ist. Nach Einschätzung vieler wird es die nächsten Jahre ein Top-Thema bei den Klimaverhandlungen sein. Bei der Klimagerechtigkeit wird in erster Linie das Verhältnis zwischen Industrieländern und sogenannten Entwicklungsländern problematisiert. Der globalisierte Norden lebt nicht nur auf Kosten der Länder des Südens, sondern schränkt durch die historischen Emissionen auch deren zukünftige Entwicklungschancen ein. Obendrein sind es die ärmsten Regionen der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels am meisten zu leiden haben. Grund genug, um über eine gerechtere Verteilung nachzudenken. Da ist der Schritt nicht weit, auch über eine gerechte Verteilung innerhalb der Länder und über Macht- und Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern nachzudenken, also ein idealer Einstieg für die Geschlechterperspektive.

„Wir müssen die dominierende Perspektive der Klimaverhandlungen, die vor allem auf Technologien und Märkte setzt, in Frage stellen und Fürsorge (care) und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Maßnahmen und Instrumente stellen. Der Mangel an Genderperspektiven der gegenwärtigen Klimaverhandlungen verletzt nicht nur die Menschenrechte von Frauen, sondern führt zu Defiziten in der Effizienz und Effektivität von Klimaschutzmaßnahmen und -instrumenten“, schreibt gendercc in seiner in Bali verbreiteten Presseerklärung (gendercc 2007b).

Schlussfolgerungen und weitere Strategie

Es ist bei dieser 13. UN-Klimakonferenz noch nicht gelungen, die Forderungen und Vorschläge der Frauen in den Verhandlungen durchzusetzen. Es wird auch noch viel Zeit, Geduld und Energie erfordern, bis sie dort Eingang finden – der Fortschritt ist eine Schnecke. Um die Genderperspektive längerfristig bei den Klimaverhandlungen auf UN-Ebene, aber ebenso in nationaler und lokaler Klimapolitik zu verankern, müssen die geschilderten Aktivitäten kontinuierlich fortgesetzt und das Netzwerk weiter

ausgebaut werden. Dies ist ohne eine Basisfinanzierung nicht möglich. Ein eindeutiges Ergebnis eines Forschungsreviews zu Gender und Klima, der von der Autorin gemeinsam mit ihrer Kollegin Minu Hemmati (Hemmati/Roehr 2007) durchgeführt wurde, zeigt: Die Themenbereiche, in denen vielfältige und fundierte Analysen der Geschlechteraspekte vorliegen, deren Relevanz in der Politik anerkannt ist und für die es entsprechende Instrumente und Trainingseinheiten gibt, sind die Bereiche, in denen es jeweils ein sehr gut organisiertes und sehr gut finanziertes Netzwerk gibt. Auf deren Ergebnisse zu Energie, Wasser sowie Management von Naturkatastrophen kann die Genderdebatte im Klimabereich aufbauen, sie muss aber darüber hinaus gehen. Dabei ist es wichtig die Erfahrungen und Diskussionen auf lokaler Ebene mit der internationalen Ebene zu verlinken – und umgekehrt. Deshalb hat das Netzwerk gendercc beschlossen, regionale Koordinationsstellen, sogenannte Focal Points aufzubauen, die der Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen der Klimapolitik dienen, Informationen bereitstellen, mit den Frauen vor Ort Vorschläge für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu diskutieren und diese dann auf die internationale Ebene zu transferieren. So gestärkt sollte es möglich sein, dem Klimawandel mit Maßnahmen zu begegnen, die genderbewusst sind und Frauen unterstützen.

Literatur

gendercc – women for climate justice, 2007a: Protecting tropical forests and gender justice. Positionspapier. Bali, Dezember 2007. Internet: <http://www.genanet.de/unfccc.html> (25.2.2008).

gendercc – women for climate justice, 2007b: Press briefing. Internet: www.genanet.de/unfccc.html (25.2.2008).

Hemmati, Minu/Roehr, Ulrike, 2007: Gender and Climate Change: Existing Research, Knowledge Gaps, and Priorities For the Future. Bericht für die FAO, unveröffentlicht.

Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I für Ältere

Symbolisches Vor und Zurück mit androzentrischer Kontinuität

ORTRUN BRAND

SPD-Chef Kurt Beck hat sie aus wahlkampfstrategischen Gründen auf die Agenda gesetzt, seit diesem Jahr wird sie politische Realität: die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds (ALG) I für ältere Erwerbslose. Konkret sieht das Gesetz vor, dass die jüngste Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III), in Kraft erst seit Februar 2006, dahingehend revidiert wird, dass Erwerbslose nach